

OEZA-Basisinformation

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Überblick

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) setzt sich durch Armutsminderung, Friedenssicherung und Umweltschutz für nachhaltige Entwicklung ein. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich dabei auf Partnerländer in den sieben Schwerpunktregionen Ostafrika, Südliches Afrika, Westafrika/Sahel, Himalaya-Hindukusch, Zentralamerika, Südosteuropa/Westbalkan und Südkaukasus.

Inhaltliche Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit dem Süden bilden Wasser und Siedlungshygiene, Energieversorgung, ländliche Entwicklung, Bildung, Privatsektorentwicklung und Governance.

In Südosteuropa unterstützt die OEZA die Länder bei ihrer sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung und fördert ihre Annäherung an die Europäische Union. Schwerpunkte sind die Bereiche Wirtschaft und Beschäftigung, Bildung, Umwelt und Rechtsstaatlichkeit.

Auch die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt im Gesamtkonzept der österreichischen Entwicklungspolitik eine wesentliche Rolle. Sie ist neben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit eine der beiden Säulen der österreichischen Entwicklungspolitik. Österreich unterstützt die Arbeit multilateraler Entwicklungsorganisationen durch Finanz- und Programmbeiträge sowie durch die Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Grundlage der Zusammenarbeit ist das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik. Dieses wird vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) erstellt und definiert die Eckpunkte der strategischen Ausrichtung der Zusammenarbeit. Die Austrian Development Agency (ADA), die Entwicklungsagentur der OEZA, verwaltet das entsprechende Budget. Die Programme und Projekte der OEZA werden von der ADA in enger Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen, Entwicklungsorganisationen und Unternehmen umgesetzt.

Laut Meldung an die OECD hat Österreich im Jahr 2008 insgesamt 1.187,97 Millionen Euro für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) aufgewendet. Das entspricht 0,43 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Wie andere Industrieländer hat auch Österreich zugesagt,

seine Entwicklungshilfeleistungen bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu steigern und bekennt sich damit zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Die Bemühungen um die Anhebung der Mittel werden von intensiven Anstrengungen begleitet, die Qualität der Zusammenarbeit zu verbessern. Nachhaltige Entwicklungen können nur dort greifen, wo die Betroffenen selbst die Initiative übernehmen. Die Entwicklungsländer sollen daher selbst über Geschwindigkeit und Form des Entwicklungsprozesses bestimmen. Sie sind gefordert, nationale Strategien zur Armutsreduktion (PRSP) zu erarbeiten, die von Regierung und Zivilgesellschaft getragen werden und einheitlichen Regeln und gemeinsamer Kontrolle unterliegen.

Österreich hat gemeinsam mit den anderen Geberländern beschlossen (Erklärung von Paris, März 2005), die Eigenverantwortung (Ownership) der Partnerländer zu stärken und die gesamte Unterstützung auf diese abzustimmen (Alignment). Auch die Leistungen und Abwicklungsverfahren der Geberländer sollen besser aufeinander abgestimmt und vereinfacht werden (Harmonisation). Harmonisierung und Anpassung an die Systeme der Partner sind wesentliche Voraussetzungen für effiziente Entwicklungszusammenarbeit.

Im September 2008 wurde im Rahmen eines High Level Forum in der ghanaischen Hauptstadt Accra eine erste Zwischenbilanz gezogen. Die Ergebnisse flossen in einen Aktionsplan ein, der Geber- und Partnerländern klare Handlungsempfehlungen gibt.

- Die Eigenverantwortung der Partnerländer muss entschiedener gestärkt werden.
- Es muss Partnerschaften geben, die alle Akteure einschließen. Dabei sind vor allem auch neue Geberländer wie China und Indien oder etwa große Stiftungen einzubeziehen.
- Ergebnisorientierung und wechselseitige Rechenschaftspflicht müssen noch weiter ausgebaut werden.

Den Gebern wurde außerdem das Versprechen abgenommen, zukünftig mehr Mittel über programmorientierte Ansätze abzuwickeln und in der direkten Zusammenarbeit zwischen Regierungen vermehrt die staatlichen Strukturen der Partnerländer zu nutzen. Um ausreichende Kontrolle und Transparenz zu gewährleisten, sollen parallel dazu die Kapazitäten sowie die Rolle von Parlamenten, Zivilgesellschaft und Medien gestärkt werden. Die Zivilgesellschaft wird als Entwicklungspartner zunehmend wichtiger.

Eine zusätzliche Forderung des Accra-Aktionsplanes ist die bessere Vorhersagbarkeit der Hilfe. Die Geber müssen daher künftig ihre Finanzierungspläne drei bis fünf Jahre im Voraus bekannt geben. Im Sinne der besseren Vergleichbarkeit der Daten verpflichteten sie sich weiters, ihre Berichterstattung über Zahlungsflüsse den Formaten und Zyklen der Partnerländer anzupassen. Darüber hinaus wollen sie ihre Entwicklungszusammenarbeit transparenter gestalten.

Die OEZA hat bereits einen Bericht über den nationalen Aktionsplan vorlegt¹ und wird nun die Ergebnisse der Accra-Konferenz in einem aktualisierten Umsetzungsplan berücksichtigen.

Die Ziele der österreichischen Entwicklungspolitik

Armut mindern

Auch heute ist für rund eine Milliarde Menschen extreme Armut noch immer Realität. Armutsminderung bleibt also die entscheidende Herausforderung sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Industrieländer. Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse und Interessen jener Menschen, die laut nationalen oder internationalen Definitionen unter Armut leiden und mit rund 1 Euro pro Tag auskommen müssen. Vor allem Frauen sind aufgrund struktureller Ungleichheit überproportional betroffen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise trifft Entwicklungsländer besonders hart. So werden etwa rückläufige Investitionen, Exporteinbrüche oder geringere Überweisungen von MigrantInnen

¹ Austrian Action Plan on Aid Effectiveness 2006–2010/11, Review on Implementation on Paris Declaration Commitments, Report 2008, Vienna, August 2008; www.entwicklung.at/entwicklungspolitik/international/road-to-accra.html.



zu einem Anstieg der Zahl der in Armut lebenden Menschen führen. Entwicklungserfolge werden zunichte gemacht. Das sinkende Wirtschaftswachstum wird dramatische Auswirkungen auf die Armutsminderung haben. So wird die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, im Jahr 2009 um 55 bis 90 Millionen höher sein, als vor der Krise angenommen.²

Gerade vor diesem Hintergrund sind der effiziente und nachvollziehbare Einsatz der Mittel, gute Abstimmung mit anderen Gebern, die Eigenverantwortung der Partner und eine möglichst breite Palette an Finanzierungsinstrumenten wichtiger denn je für nachhaltige soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung.

Frieden sichern

Krieg und Armut bedingen einander. Gewaltsame Konflikte kosten Menschenleben und zerstören Infrastruktur sowie soziale und staatliche Grundlagen. Andererseits sind Armut, ungerechte Verteilung oder mangelnde Demokratie oft Auslöser für Konflikte, unter denen wiederum die Schwächsten der Gesellschaft – Alte, Kinder und Frauen – am meisten leiden. Um ein stabiles und sicheres Umfeld für soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, zählen Konfliktprävention und Friedenssicherung zu den wichtigsten Zielen der OEZA. Vor allem durch die Stärkung der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung sollen die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Entwicklungsprozess geschaffen werden. Österreich setzt Prioritäten: Menschenrechtserziehung und Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten. Die OEZA unterstützt vermehrt auch länderübergreifende Programme und Initiativen zur Konfliktprävention und Friedenssicherung.

Die österreichische Initiative „Socio-Economic Impact of Peacekeeping Operations“ geht der Frage nach, wie internationale Missionen bestmöglich zur lokalen sozio-ökonomischen Entwicklung beitragen können. Internationale Friedenstruppen arbeiten verstärkt auf Basis von multidimensionalen Mandaten, die neben den traditionellen militärischen Stabilisierungsaufgaben zunehmend auch die (Wieder)Herstellung staatlicher Funktionen umfassen. Dieser Übergang muss entwicklungs sensitiv gestaltet werden. Die OEZA bringt diesen wichtigen Aspekt der Verbindung von Sicherheit und Entwicklung auf Ebene der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der OECD und anderen Foren ein. 2010 sind dazu auch Konsultationen mit Nichtregierungsorganisationen geplant.

Umwelt schützen

Für nachhaltige Entwicklung sind auch der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen wesentlich. Klimawandel und die Ausbeutung der Natur haben fatale Folgen: Wasser- und Luftverschmutzung, die Zerstörung der biologischen Vielfalt, Bodenerosion usw. Unter diesen Auswirkungen leiden vor allem arme Menschen und die Landbevölkerung in Entwicklungsländern, deren Existenz von den natürlichen Ressourcen abhängt. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit integriert den Schutz der natürlichen Ressourcen daher in alle Programme. Bei sämtlichen Projekten werden angepasste, umweltfreundliche Technologien eingesetzt, in besonders sensiblen Regionen wie z. B. Tropenwäldern, trockenen Gebieten oder Gebirgsräumen spezielle Umweltschutzprojekte durchgeführt.

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG)³

Zur Jahrtausendwende haben die Vereinten Nationen eine erschreckende Bilanz gezogen. Zum damaligen Zeitpunkt lebte mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut von weniger als 1 US-Dollar pro Tag. Mehr als 800 Millionen Menschen waren unterernährt und hungerten. 115 Millionen Kinder im Volksschulalter lernten weder lesen noch schreiben. Mehr als eine Milliarde Menschen hatte kein sauberes Trinkwasser. Um die weltweite Armut und deren Folgen zu mindern, verabschiedeten alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, darunter auch Österreich, im Jahr 2000 acht grundlegende Entwicklungsziele. Bis 2015 soll Folgendes erreicht werden:

² The Millennium Development Goals Report 2009, http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/MDG_Report_2009_ENG.pdf

³ Angaben zum aktuellen Stand der Umsetzung der MDGs siehe: <http://www.un.org/millenniumgoals>



1. Extreme Armut und Hunger bis 2015 halbieren
2. Grundschulausbildung für alle Kinder sichern
3. Gleichstellung und größere Teilhabe der Frauen fördern
4. Kindersterblichkeit senken
5. Gesundheit der Mütter verbessern
6. HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und andere weit verbreitete Krankheiten eindämmen
7. Ökologische Nachhaltigkeit sichern
8. Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen



Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Die OEZA berücksichtigt in ihren Programmen und Projekten kulturelle und soziale Rahmenbedingungen. Ausdrücklich geachtet wird auf die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse. Frauen sind zwar zumeist das Rückgrat der Familie und Gesellschaft, werden aber wirtschaftlich, rechtlich und sozial oft benachteiligt. Besonderes Augenmerk wird außerdem auf die Bedürfnisse von Kindern und Menschen mit Behinderungen gelegt, die besonders unter den Folgen von Armut zu leiden haben.

Um die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen, sind für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Programme mit klar definierten regionalen und inhaltlichen Schwerpunkten vorrangig. Entsprechend den Leitlinien des OECD-Entwicklungshilfesausschusses (DAC) konzentriert sich die OEZA deshalb auf Partnerländer in sieben Schwerpunktregionen.

Schwerpunktregionen	Schwerpunktländer in der Region
Zentralamerika:	Nicaragua
Westafrika/Sahel:	Kap Verde, Burkina Faso
Ostafrika:	Äthiopien, Uganda
Südliches Afrika:	Mosambik
Himalaya-Hindukusch:	Bhutan
Südosteuropa/Westbalkan:	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Moldau
Südkaucasus	
Weiterer Schwerpunkt:	Palästinensische Gebiete

Sechzehn Auslandsbüros gewährleisten den direkten und kontinuierlichen Dialog vor Ort und sind in die Struktur der diplomatischen Vertretungen Österreichs eingebunden. Sie stellen sicher, dass die Aktivitäten den lokalen Bedürfnissen entsprechen und kontrollieren den effizienten Einsatz der Mittel. Die Maßnahmen werden mit allen Entwicklungspartnern und den anderen Gebern abgestimmt.

Auslandsbüros

Äthiopien: Addis Abeba
 Uganda: Kampala
 Mosambik: Maputo und Außenstelle Beira
 Burkina Faso: Ouagadougou
 Kap Verde: Praia
 Nicaragua: Managua
 Bhutan: Thimphu
 Palästinensische Gebiete: Ramallah
 Serbien: Belgrad
 Kosovo: Pristina
 Montenegro: Podgorica
 Bosnien und Herzogowina: Sarajevo
 Albanien: Tirana
 Mazedonien: Skopje
 Moldau: Chisinau



Thematische Schwerpunkte im Süden

Weltweit leben Menschen heute länger und gesünder als frühere Generationen. Die Kindersterblichkeit ist gesunken, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser besser geworden, die Chancen auf Bildung sind gestiegen. Von diesen Errungenschaften profitieren jedoch Nord und Süd nicht im gleichen Ausmaß. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partnerländer im Süden bei ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung. Bildung und Arbeit, sauberes Wasser und Energie, Zugang zu Recht und ein Leben in Frieden schaffen neue Perspektiven.

- Wasser und Siedlungshygiene: innovative Pilotinitiativen zur Weiterentwicklung des Wasser- und Abwassersektors; fachliche Unterstützung und Beratung sowie Ausbildung und Aufbau von Kapazitäten für eine nachhaltig funktionierende Infrastruktur; Einsatz innovativer und angepasster Technologien
- Bildung: Sicherung eines breiten Bildungszugangs, insbesondere für Frauen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen; Maßnahmen auf allen Bildungsebenen; Qualitätssicherung im Bildungssektor; Überwindung des wissenschaftlichen und technologischen Nord-Süd-Gefälles
- Ländliche Entwicklung: Verminderung ländlicher Armut durch Ernährungssicherung, nachhaltiges Ressourcenmanagement, Produktion und Vermarktung sowie Kapazitätsentwicklung; Teilnahme an Entscheidungsprozessen
- Energie: Schaffung von Zugang zu modernen Energiedienstleistungen; Einsatz erneuerbarer Energien (z.B. Solarenergie, Geothermie, Wind- und kleine Wasserkraftwerke oder Biomasse), Energieeffizienz; Kooperationen mit Regionalorganisationen in den Partnerländern und anderen Gebern; Know-how-Transfer
- Privatsektorentwicklung: Handwerks-, Mikro- und Kleinbetriebsförderung; verbesserte Rahmenbedingungen für Kleingewerbetreibende und kleinbäuerliche Betriebe
- Governance: Stärkung marginalisierter Bevölkerungsgruppen bei der Einforderung ihrer sozialen Menschenrechte; Bemühungen um die Gleichstellung von Frauen und Männern, Demokratisierung, Dezentralisierung, lokale Justiz- und Landrechte, Distrikt- und Gemeindeentwicklung

Thematische Schwerpunkte im Osten

Südosteuropa hat große Erfolge im Zuge der wirtschaftlichen Transformation und Demokratisierung zu verzeichnen, ist aber weiterhin eine politisch instabile und wirtschaftlich schwache Region. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Länder Südosteuropas daher bei ihren Bemühungen um EU-Integration, Transformation und langfristigen Frieden. Sie agiert in enger Abstimmung mit anderen österreichischen Förderinstitutionen und setzt auf Synergiepotenziale mit der österreichischen Wirtschaft. Auch regionale Kooperationsansätze sind wichtiger Bestandteil der OEZA-Strategie in Südosteuropa. Die Schwerpunkte der OEZA sind konsistent mit den österreichischen Aktivitäten des Regional Cooperation Council (RCC) (bis Anfang 2008 Stabilitätspakt für Südosteuropa).

- Wirtschaft und Beschäftigung: Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit, Förderung des KMU-Sektors. Die Förderung einer nachhaltigen, sozial ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung ist ein zentrales Anliegen der OEZA in Südosteuropa.
- Bildung: Berufsausbildung und Hochschulbildung mit der Zielsetzung, die Bildungssysteme zu modernisieren, an europäische Standards anzupassen und auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten
- Umwelt, Wasser und Energie: Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Förderung innovativer Umweltprojekte, Verbesserung der Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Einsatz erneuerbarer Energien.
- Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft: z. B. Stärkung lokaler Nichtregierungsorganisationen (NRO), Maßnahmen gegen Menschenhandel.



Wirtschaft und Entwicklung

Mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Entwicklung sollen Synergien zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit geschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern gestärkt werden. Denn Wirtschaftswachstum ist eine Voraussetzung für nachhaltige Armutsminderung. Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze, Einkommen und eine stabile Existenzgrundlage. Der Erfolg der Wirtschaftsentwicklung hängt auch von der Beteiligung von Privatunternehmen in Entwicklungs- und Transformationsländern ab. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit will durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen – z. B. Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Aufbau eines effizienten Finanzsystems oder Infrastruktur – privatwirtschaftliche Aktivitäten fördern. Parallel dazu wird der Privatsektor in den Partnerländern gestärkt. Die OEZA unterstützt den Aufbau von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMB) und beteiligt sich an Mikrofinanzierungsprogrammen sowie multilateralen Investitionsförderprogrammen.

Auch österreichische bzw. europäische Unternehmen können viel dazu beitragen, die Situation in den Partnerländern zu verbessern. Mit dem Programm Wirtschaftspartnerschaften werden Synergiepotenziale zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit genutzt. Durch Wirtschaftspartnerschaften sollen Know-how- und Technologie-Transfer, Beschäftigung sowie strukturelle und Armut mindernde Effekte erreicht werden.

Humanitäre Hilfe

Humanitäre Krisen nach bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder technologischen Katastrophen können innerhalb kurzer Zeit die Entwicklungsfortschritte in einem betroffenen Land um Jahre zurückwerfen. Die humanitäre Hilfe der OEZA erfolgt ergänzend zu Maßnahmen der internationalen Katastrophenhilfe, die durch das Innenministerium koordiniert wird. Die zur Verfügung stehenden Förderinstrumente umfassen die Bereiche humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbau und Katastrophenprävention.

Die humanitären Interventionen der OEZA können aufgrund der bestehenden Organisationsstrukturen am schnellsten in den Schwerpunktländern der OEZA umgesetzt werden. Sie orientieren sich aber vor allem an den Notwendigkeiten der internationalen Koordination. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Abstimmung mit multilateralen Organisationen des VN-Systems (OCHA) sowie der Europäischen Kommission (ECHO). Die Mittel für humanitäre Hilfe können entweder direkt an internationale Organisationen vergeben oder über die Austrian Development Agency abgewickelt werden.

Im konkreten Anlassfall können nach Katastrophen im Ausland Mittel aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist ein Beschluss des Ministerrates erforderlich. Für die Jahre 2009–2010 ist der AKF laut Budgetvoranschlag mit 5 Millionen Euro jährlich dotiert.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die wirtschaftliche Globalisierung und die dringenden sicherheitspolitischen Herausforderungen verlangen globale Lösungen und haben auch einen Wandel in der internationalen Entwicklungspolitik bewirkt. So wird verstärkt auf die Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und in die internationalen Kooperationsstrukturen gesetzt. Die Koordination der Entwicklungspolitik im Rahmen von internationalen Organisationen und Institutionen nimmt daher einen immer größeren Stellenwert ein.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt im Gesamtkonzept der österreichischen Entwicklungspolitik eine wesentliche Rolle. Multilaterale und bilaterale Programme verfolgen dieselben Ziele. Um Synergien nutzen zu können, sind sie miteinander vernetzt. Österreich unterstützt multilaterale Organisationen durch direkte Beiträge, konkrete Programme sowie durch die Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Österreich unterstützt die Arbeit einer Reihe von multilateralen Organisationen in den Bereichen Wasser und Siedlungshygiene, ländliche Entwicklung, Energie, Privatsektorentwicklung, Bildung



sowie Governance. Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen spielen auch in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit eine wesentliche Rolle. Darüber hinaus ermöglicht Österreich im Rahmen des Junior Professional Officer (JPO) Programme österreichischen JungakademikerInnen einen ein- bis maximal zweijährigen Einsatz bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen.

Im Jahr 2008 gab Österreich 332,70 Millionen Euro für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aus. Davon gingen 29,09 Millionen Euro an die Vereinten Nationen, 203,26 Millionen Euro an die EU, 98,21 Millionen Euro an Internationale Finanzinstitutionen und 2,14 Millionen an andere Organisationen.⁴

Die Zusammenarbeit zwischen den Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und Österreich soll durch gemeinsame Projekte weiter intensiviert werden. Auch die Arbeit der in Wien ansässigen VN-Organisation für Industrieentwicklung (UNIDO) wird von Österreich besonders unterstützt. Im Vordergrund stehen dabei Armutsminderung durch die Förderung produktiver Aktivitäten und den Aufbau von Handelskapazitäten, der Bereich Umwelt, der Sektor erneuerbare Energie und der weitere Ausbau von umweltfreundlicher Industrieproduktion durch die so genannten „Cleaner Production Centres“.

Österreich wirkte aktiv an der Gründung der International Renewable Energy Agency (IRENA) mit. Bei der Sitzung des IRENA Preparatory Committee in Sharm El Sheikh wurde beschlossen, dass IRENA den Sitz in Abu Dhabi, ein Innovationszentrum in Bonn und ein Liaison-Büro für internationale Organisationen und UN Energy in Wien errichten wird. Diese Entscheidung stärkt Wien als internationale Drehscheibe für Energiebelange und eröffnet der OEZA die Möglichkeit, in Kooperation mit österreichischen Technologie-Anbietern die Arbeit mit den Partnerländern im Bereich erneuerbare Energie zu intensivieren.

Europäische Union

Die gemeinsame ODA der fünfzehn im DAC vertretenen EU-Mitgliedsländer erreichte 2008 laut DAC-Vorausmeldung einen Anteil von ca. 59 Prozent an der gesamten ODA aller DAC-Geber. Armutsminderung, Governance und die Förderung von Menschenrechten und Demokratie stehen im Mittelpunkt der EU-Entwicklungspolitik.

Österreich teilt die Ziele der europäischen Entwicklungspolitik und trägt substantiell zu deren Umsetzung bei. Seit dem EU-Beitritt fließt ein Großteil der österreichischen Ausgaben für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit über die Europäische Union. Der österreichische Anteil an den Auszahlungen für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Budget der EU-Kommission betrug 2008 mit 118,72 Millionen Euro 1,97 Prozent der Gesamtzahlungen. Zusätzlich belief sich die Einzahlung in den Europäischen Entwicklungsfonds im Jahr 2008 auf 84,54 Millionen Euro⁵.

Im Dezember 2005 verabschiedete der Europäische Rat eine gemeinsame Erklärung von Rat, Parlament und Kommission zur Entwicklungspolitik, den sogenannten „Europäischen Konsens“. Die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist nun optimal aufeinander abgestimmt und beruht auf gemeinsamen, für EU-Kommission und Mitgliedsstaaten gleichermaßen geltenden Grundsätzen. Im Jahr 2007 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten auf einen Verhaltenskodex für Komplementarität und Arbeitsteilung in der Entwicklungspolitik, der eine wichtige Grundlage für weitere gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Hilfe darstellt.

Weiters hat der Europäische Rat einen Beschluss über die Dotierung der künftigen finanziellen Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten gefasst. Der 10. Europäische Entwicklungsfonds wird im Zeitraum 2008 bis 2013 mit 22,6 Milliarden Euro ausgestattet. Österreich leistet einen Beitrag von 2,41 Prozent an diesen Fonds⁶.

⁴ Quelle: OEZA-Statistik

⁵ Quelle: Europäische Kommission/OEZA-Statistik

⁶ Quelle: BMeia, Abt. VII.1



Entschuldung von Entwicklungsländern

Für viele arme Länder ist die drückende Schuldenlast ein enormes Hindernis für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Mit der 1996 von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) eingeleiteten Entschuldungsinitiative HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) wird die Bürde von schwer verschuldeten, armen Ländern auf ein verkraftbares Maß reduziert. Als Entscheidungsbasis für die Aufnahme in das HIPC-Programm dienen nationale Armutsminderungsstrategien (Poverty Reduction Strategy Papers/ PRSP), die von den jeweiligen Ländern auszuarbeiten sind. Auch Österreich beteiligt sich an dieser Initiative. Darüber hinaus nimmt Österreich an weiteren internationalen Entschuldungsmaßnahmen teil.

Die insgesamt anrechenbaren ODA-Leistungen Österreichs aus Schuldenerleichterungen und Schuldenerleichterungen betragen im Jahr 2008 508,42 Millionen Euro. Die Schuldenerleichterungen beliefen sich auf 475,63 Millionen Euro, wovon 469,61 Millionen auf die Entschuldung des Irak entfielen. Diese fand außerhalb der HIPC-Initiative statt.⁷

Das Volumen der österreichischen Entwicklungshilfeleistungen (ODA)

Die Leistungen aller österreichischen Ministerien, Länder und Gemeinden beliefen sich 2008 auf insgesamt 1.187,97 Millionen Euro. Gegenüber 2007 bedeutet dies einen Rückgang der ODA-Quote von 0,50 auf 0,43 Prozent des BNE.

Die bilaterale ODA weist gegenüber 2007 einen um ca. 167 Millionen Euro geringeren Anteil an Entschuldungsmaßnahmen aus. Andere in der bilateralen ODA erfasste Maßnahmen stiegen hingegen deutlich an. So setzte etwa die ADA 2008 um rund 10 Millionen Euro mehr für Programme und Projekte um als noch im Vorjahr. Im multilateralen Bereich waren die Beiträge 2008 um ca. 21 Millionen Euro geringer als 2007.

Mit 119,76 Millionen Dollar erreichten alle 22 DAC-Mitgliedsländer laut Vorausmeldung 2008 den bisher höchsten Stand an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen. Dies bedeutet einen Anstieg der ODA-Quote von 0,28 Prozent des BNE im Jahr 2007 auf 0,30 Prozent im Jahr 2008⁸.

Die Struktur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Das im Jahr 2002 beschlossene und 2003 novellierte Gesetz über Entwicklungszusammenarbeit ist die rechtliche Grundlage der OEZA. Armutsminderung, Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie Erhaltung der Umwelt sind darin als Ziele verankert. Durch eine Kohärenzklausel wird sichergestellt, dass sich die Politik und Verwaltung Österreichs gegenüber Entwicklungsländern an diesen Zielen orientieren. Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kommt die Koordinationsfunktion zu. Mit dem Gesetz wurde auch die rechtliche Voraussetzung für die Gründung der Austrian Development Agency geschaffen. Durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Gründung der ADA wurde die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren strukturell modernisiert und bestens auf die aktuellen internationalen Herausforderungen vorbereitet.

Die Sektion (VII) für „Entwicklungszusammenarbeit sowie Kooperation mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten; Koordination der internationalen Entwicklungspolitik“ im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten legt die entwicklungspolitischen Positionen Österreichs in einem Dreijahresprogramm fest. Sie ist für die Ausrichtung der OEZA zuständig und entwickelt Strategien und Programme. Weiters leitet die Sektion den Dialog mit den Partnerländern und ist in die internationale Geber-Koordination aller zuständigen Gremien (EU, VN, OECD) eingebunden. Dadurch werden die Harmonisierung und Abstimmung von bilateralen und multilateralen Programmen sichergestellt. In Österreich sorgt die Sektion VII für die Kohärenz aller staatlichen entwicklungspolitischen Aktivitäten.

⁷ Quelle: OEZA-Statistik

⁸ Die endgültigen internationalen Zahlen werden voraussichtlich im Dezember 2009 veröffentlicht.



Die Austrian Development Agency ist die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die gemeinnützige GmbH im Eigentum des Bundes ist seit 2004 als operativer Teil der OEZA tätig und richtet sich nach den strategischen Vorgaben des Dreijahresprogramms. Die ADA ist für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte verantwortlich und verwaltet das entsprechende Budget. Sie kooperiert eng mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen und leistet Vorarbeiten zur Erstellung von entwicklungspolitischen Programmen. Durch Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich trägt die ADA zum Verständnis für Entwicklungszusammenarbeit und zu deren Akzeptanz bei. Als Ergebnis einer ausführlichen Überprüfung kann die österreichische Entwicklungsagentur seit 2008 auch EK-finanzierte Entwicklungsprogramme durchführen. Derzeit beschäftigt die ADA 88 MitarbeiterInnen in der Zentrale sowie 25 entsandte und 52 lokale MitarbeiterInnen in den Auslandsbüros.

Ausgewählte Programm- und Projektbeispiele

Mosambik

Mosambik gilt als Musterbeispiel für erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Wandel. Trotz eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von jährlich rund sieben Prozent zählt Mosambik jedoch noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt. Vorrangiges Ziel der mosambikanischen Regierung ist daher die Minderung der Armut. Die Strategie dafür ist im Nationalen Aktionsplan 2006–2010 (PARPA II) festgelegt. Derzeit unterstützen 19 Geber dessen Umsetzung in Form von genereller Budgethilfe. Auch die OEZA ist seit 2007 Mitglied der Gebergruppe und leistet seit 2008 einen Beitrag zum nationalen Budget. Dadurch werden im Sinne der Pariser Erklärung die Kapazitäten der Partnerregierung für eigenverantwortliches Handeln sowie deren Rechenschaftspflicht gegenüber der eigenen Bevölkerung gestärkt. Die Programme der Geber zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerung werden harmonisiert und an die Bedürfnisse des Partnerlandes angepasst.

Uganda

Die ugandische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2015 knapp 80 Prozent der ländlichen und die gesamte urbane Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser und modernen Sanitäreinrichtungen zu versorgen. Die OEZA beteiligt sich daran gemeinsam mit anderen Gebern im Rahmen des Joint Water and Sanitation Sector Programme Support (JWSSPS). Teil dieses Programms ist die Finanzierung der Water and Sanitation Development Facility (WSDF), ein groß angelegtes dezentralisiertes Programm zur Wasser- und Sanitärversorgung kleiner Städte und ländlicher Zentren, die aus dem mit österreichischer Unterstützung entwickelten South Western Towns Water and Sanitation Project hervorging. Die WSDF im Südwesten Ugandas deckt derzeit mit zusätzlichen Mitteln der EU-Wasserinitiative 17 Distrikte ab. Die OEZA unterstützt nun auch diese Einrichtung in Norduganda, wo ihr beim Wiederaufbau sowie bei der Rück siedlung der Bevölkerung nach dem zwei Jahrzehnte andauernden Konflikt eine besondere Bedeutung zukommt. Von Oktober 2006 bis Oktober 2007 hatte Österreich im Wassersektor Ugandas den Vorsitz in der Gebergemeinschaft inne, ab 2010 ist dies ein weiteres Mal vorgesehen.

Äthiopien

Überbevölkerung und fortschreitende Bodenerosion führten in Nord-Gondar zu einer Verschlechterung der Ernährungslage. Ein Programm der OEZA zielte darauf ab, die Ernährungs- und Einkommenslage der Kleinbauernfamilien zu verbessern. Durch Zucht- und Mastprogramme für Rinder und Schafe, veterinärmedizinische Versorgung, die Verbesserung von Weidequalität und Futterproduktion sowie Anleitung zur Milchvermarktung wurden die Produktivität gesteigert und die Vermarktung der Produkte verbessert. Auf wissenschaftlicher Ebene fand eine Kooperation mit der Wiener Universität für Bodenkultur zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen statt. Weiters wurde dezentrale Aus- und Weiterbildung für Bauern und vor allem Bäuerinnen sowie für MitarbeiterInnen der lokalen Behörden angeboten. Seit 2008 werden die bisherigen Maßnahmen in einem Projekt zur Sicherung der natürlichen Ressourcen gebündelt. Schwerpunkt-



te sind unter anderem Wasserressourcenmanagement, die Identifizierung und Förderung alternativer Erwerbsmöglichkeiten sowie die Stärkung institutioneller Kapazitäten.

Burkina Faso

Mit seinem 40-jährigen Know-how ist Österreich in Burkina Faso im Bereich Berufsbildung federführend. Insbesondere für die Anerkennung und Optimierung des non-formalen Bildungswesens setzt sich Österreich in den letzten Jahren ein. Kindern und Jugendlichen in abgelegenen ländlichen Regionen, die keine Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen, wird dabei die Alternative einer staatlich anerkannten Ausbildung in ihrer afrikanischen Muttersprache geboten. Meilenstein im Bildungssektor war die Annahme einer nationalen Strategie für Berufsbildung durch das nationale Parlament im Jahr 2008, deren Ausarbeitung maßgeblich von Österreich unterstützt wurde. Die Strategie umfasst formale und non-formale Berufsbildung sowie lebenslanges Lernen.

Nicaragua

Österreich beteiligt sich in Nicaragua gemeinsam mit Schweden, Finnland, den Niederlanden und der Weltbank seit 2005 an einer Initiative zur Sektorbudgethilfe im Gesundheitsbereich. Bisher hat die OEZA das nicaraguanische Gesundheitsministerium mit 3,5 Millionen Euro für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung unterstützt. Die Geber tragen anteilig zur Finanzierung des Fünf-Jahres-Planes der Regierung bei. Vorrangige Ziele sind höhere Qualität und besserer Zugang zu medizinischer Grundversorgung, vor allem für die ländliche Bevölkerung, Frauen und Kinder sowie die ärmsten Schichten. Darüber hinaus sollen die Kapazitäten von Gesundheitsinstitutionen gestärkt, der Gesundheitsbereich noch mehr dezentralisiert und die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung gefördert werden.

Kosovo

Rund die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Von den Zukunftschancen dieser Generation hängt die Entwicklung der gesamten Region ab. Bildung spielt eine zentrale Rolle. Die OEZA fördert daher den Aufbau und die Modernisierung des kosovarischen Hochschulsystems. Investiert wird in bessere Ausstattung, moderne Lehrpläne und neue für den Kosovo relevante Studiengänge. Weiters wird die Modernisierung des institutionellen Rahmens des kosovarischen Hochschulsystems unterstützt. Die Reform ist ein wichtiger Schritt für die Integration des Kosovo in den europäischen Hochschulraum und fördert die Anbindung der Universitäten an die lokale Wirtschaft. Das Programm umfasst die Unterstützung und den Aufbau von Einrichtungen, etwa des nationalen Akkreditierungsrates sowie eines Zentrums für internationale Hochschul-, Technologie- und Forschungskooperation. Österreich berät das Bildungsministerium des Kosovo und die Universität Pristina überdies bei der Erstellung von Forschungs- und Bildungsstrategien.

Serbien

Durch die Unterstützung der südserbischen Bezirke Pcinja und Jablanica leistet die OEZA einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation in der ärmsten Region Serbiens. Die Zusammenarbeit mit der in Leskovac ansässigen Regionalentwicklungsagentur, die im Besitz von 13 Gemeinden, privaten Unternehmen sowie NRO steht, ermöglicht, speziell auf die regionalen Bedürfnisse einzugehen. Die Kooperation zwischen den Gemeinden soll intensiviert und die Kapazitäten von Agentur, Gemeinden und Zivilgesellschaft aufgebaut werden. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wird die EU-Annäherung Serbiens auch auf regionaler Ebene unterstützt. Die Projektinhalte umfassen:

- Stärkung der Regionalentwicklungsagentur durch die Schaffung adäquater Räumlichkeiten und die Einstellung qualifizierten Personals sowie die Schulung der Angestellten
- Kapazitäten,- und Bewusstseinsbildung von Stakeholdern der Zivilgesellschaft in den 13 Gemeinden durch Fortbildung, regionale Konferenzen und externe Langzeitexpertise
- Vernetzung der Gemeinden mit der nationalen Datenbank für Infrastruktur (SLAP) sowie Errichtung einer regionalen Entwicklungsdatenbank in der Regionalentwicklungsagentur
- Schaffung einer regionalen Projektpipeline für die Distrikte Jablanica und Pcinja.



Bosnien und Herzegowina

Die Infrastruktur in Bosnien und Herzegowina ist nach den kriegerischen Zerstörungen Anfang der 1990er-Jahre noch immer im Aufbau. Auch im Bereich Fernwärme gibt es viel zu tun. Der Nutzungsgrad der meisten Heizanlagen ist sehr gering, die Folgen sind zusätzlicher Brennstoffbedarf und somit auch hohe Schadstoffemissionen. Die Firma SEEGES Salzburger Erneuerbare Energie-GesmbH errichtet im Rahmen einer Wirtschaftspartnerschaft gemeinsam mit der bosnischen Gemeinde Gracanica und der ADA ein zentrales Heizwerk. Das Verteilungsnetzwerk wird stufenweise ausgebaut. Als Energiequelle wird Holz verwendet, das in der Region ausreichend vorhanden ist. Die Fernwärmeversorgung aus regenerativen Energien hat hohe Umweltrelevanz, da durch die Umstellung von braunkohle- oder ölbeheizten Anlagen auf Biomasse der CO₂-Ausstoß erheblich gesenkt wird. Zusätzlich werden technische Fachkräfte für den Betrieb der Anlagen qualifiziert, bosnische Gemeinden und Planer sammeln Erfahrung in der Entwicklung solcher Projekte.

Südosteuropa

Gender Responsive Budgeting ist ein effizientes Instrument, um Frauen an politischen Prozessen zu beteiligen. Es ermöglicht, das Prinzip der Geschlechtergleichstellung in die Zuteilung von öffentlichen Geldern einzubringen und begünstigt die Teilhabe von Frauen an Planungsprozessen und Budgetentscheidungen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher ein Programm des United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) in Südosteuropa, das die Kapazitäten von öffentlichen Einrichtungen und NRO für die Anwendung von Gender Responsive Budgeting aufbaut und regionalen Erfahrungsaustausch fördert. Der geografische Fokus liegt auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, und Serbien.

Zentralamerika

Die "Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika" mit Finnland sowie mit Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) und der regionalen Fachorganisation Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo (CCAD) fördert mit insgesamt 6,8 Millionen Euro den Einsatz innovativer Energielösungen und Energieprogramme in der Region. Der österreichische Anteil beträgt 1,8 Millionen Euro. Die kleinen Inselstaaten in der Karibik werden im Energiesektor über das Caribbean Renewable Energy Development Program mit rund 700.000 Euro unterstützt. Im Bereich Energieeffizienz besteht in Zentralamerika und in der Karibik eine gute Zusammenarbeit mit der lateinamerikanischen Energieorganisation Organización Latinoamericana de Energía (OLADE).

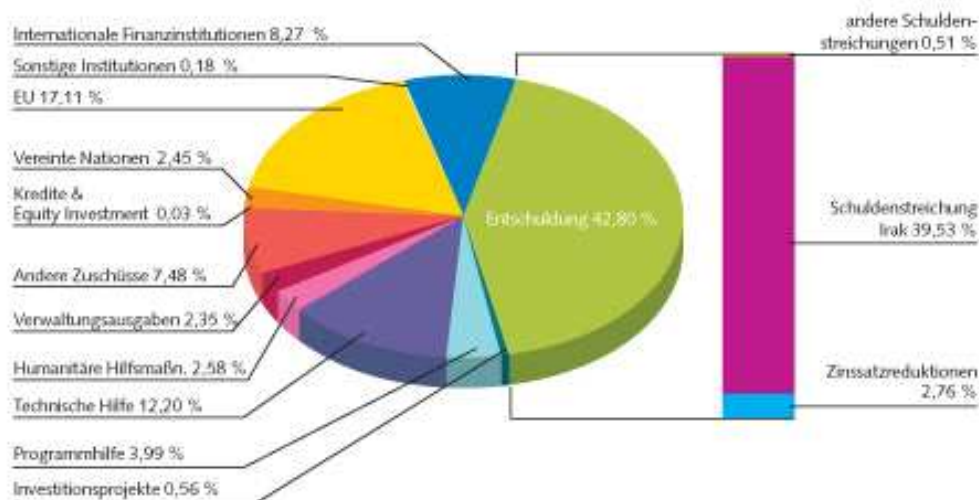
Afrika

Im April 2007 unterzeichneten die Europäische Kommission, die Europäische Investitionsbank und sieben EU-Mitgliedstaaten ein Abkommen zur Einrichtung eines EU-Afrika-Treuhandfonds für Infrastruktur. Österreich beteiligt sich als Gründungsmitglied vorerst mit einem Beitrag von 1 Million Euro. Der Fonds ist ein wichtiger Pfeiler der EU-Afrika-Strategie sowie der EU-Afrika Partnerschaft für Handel, regionale Integration und Infrastruktur. Er finanziert über kombinierte Zuschüsse und Kredite überregionale Großprojekte im Bereich Energie, Transport, Informationstechnologie und Wasser.

Zahlen und Fakten 2008⁹

Hauptbestandteile der österreichischen ODA 2008

Auszahlungen in Prozent

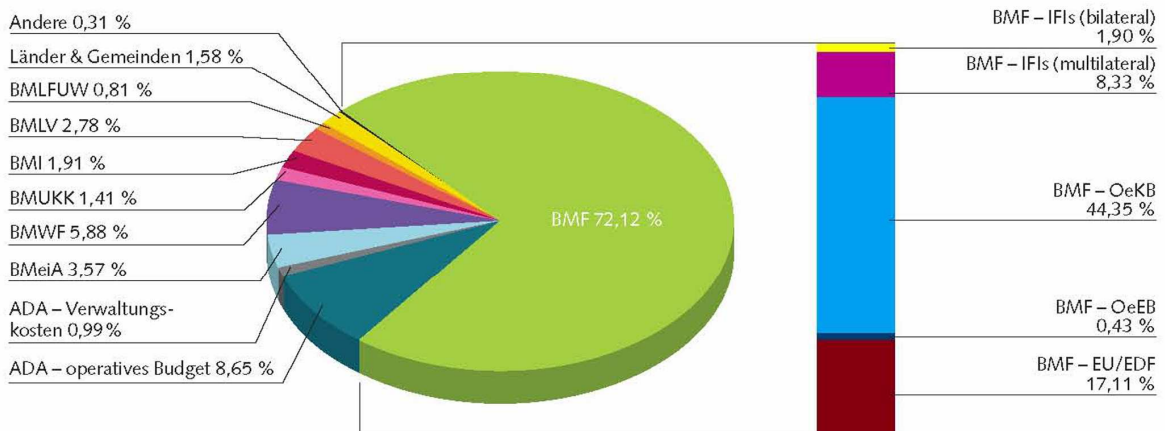


	Mio. Euro	In %		Mio. Euro	In %
Bilaterale ODA	855,27	71,99			
Zuschüsse	854,87	71,96	Investitionsprojekte	6,69	0,56
			Programmhilfe	47,44	3,99
			Technische Hilfe	144,97	12,20
			Andere Leistungen	655,77	55,20
			Entschuldung	508,42	42,80
			Zinssatzreduktionen	32,79	2,76
			Schuldentreibung Irak	469,61	39,53
			andere Schuldentreibungen	6,03	0,51
			Humanitäre Hilfsmaßnahmen	30,64	2,58
			Verwaltungsausgaben	27,90	2,35
			Andere Zuschüsse	88,82	7,48
Kredite und Equity Investment	0,40	0,03			
Multilaterale ODA	332,70	28,01	Vereinte Nationen	29,09	2,45
			EU	203,26	17,11
			Internationale Finanzinstitutionen	98,21	8,27
			Sonstige Institutionen	2,14	0,18
Gesamte ODA	1.187,97	100,00			
0,43 % des BNE					

⁹ Quelle: OEZA-Statistik.

Finanzierungsquellen der österreichischen ODA 2008

Auszahlungen in Prozent



ADA	Austrian Development Agency
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BMF	Bundesministerium für Finanzen



Entwicklung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA Auszahlungen 2004–2008 in Mio. Euro

	2004	2005	2006	2007	2008
OEZA – ODA Gesamt	72,84	84,66	94,82	92,02	102,77
davon: Budget	68,72	77,08	84,30	82,51	92,85
davon: ERP-Mittel	4,13	7,58	10,52	9,51	9,92
in % der Gesamt-ODA Österreichs	13,36%	6,69%	7,94%	6,97%	8,65%

ODA – „Official Development Assistance“

Das sind Leistungen, die

- von öffentlichen Stellen vergeben werden,
- die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Partnerlandes zum Ziel haben,
- ein Zuschusselement von mindestens 25 Prozent aufweisen,
- an ein Empfängerland der DAC-Länderliste gehen, d.h. an ein sogenanntes „Entwicklungsland“ bzw. ODA-Empfängerland.

Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA nach Regionen Auszahlungen 2006–2008 in Mio. Euro

OEZA – ODA Region	2006		2007		2008	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Europa	20,18	21,29	22,32	24,26	19,90	19,36
<i>davon: Südosteuropa/ Westbalkan</i>	19,95	21,04	22,08	23,99	19,75	19,22
Afrika	40,17	42,36	35,43	38,50	47,88	46,59
Asien	12,73	13,43	9,11	9,90	13,95	13,57
Amerika	12,51	13,19	12,29	13,35	11,45	11,14
Ozeanien*	0,71	0,75	0,57	0,62	0,64	0,62
Kontinent/Land zuordenbar	86,30	91,02	79,72	86,63	93,81	91,29
Global übergreifend**	8,52	8,98	12,30	13,37	8,95	8,71
OEZA – ODA gesamt	94,82	100,00	92,02	100,00	102,77	100,00

* Papua Neuguinea

** inkl. Maßnahmen in Österreich

Geografische Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA 2006–2008
auf Schwerpunktländer und andere Partnerländer in Schwerpunktregionen

		2006		2007		2008	
OEZA – ODA		Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Schwerpunktregion Westafrika/Sahel gesamt		10,52	11,10	8,54	9,28	9,48	9,22
Schwerpunktländer	Burkina Faso	4,21	4,44	3,03	3,30	4,91	4,78
	Kap Verde	2,41	2,54	1,81	1,96	1,64	1,60
Partnerländer in der Region	Senegal	2,94	3,10	2,10	2,29	2,05	1,99
	andere	0,10	0,11	0,13	0,15	0,10	0,10
Westafrika, regional übergreifend		0,86	0,91	1,46	1,59	0,77	0,75
Schwerpunktregion Ostafrika gesamt		19,51	20,58	17,78	19,32	20,00	19,46
Schwerpunktländer	Äthiopien	5,52	5,83	4,02	4,37	5,67	5,52
	Uganda	8,04	8,48	8,13	8,83	10,42	10,14
Partnerländer in der Region	Burundi	0,35	0,37	0,51	0,55	0,30	0,29
	Kenia	1,53	1,61	2,12	2,30	1,29	1,26
	Ruanda	0,20	0,21	0,94	1,02	0,97	0,94
	Tansania	0,97	1,02	0,69	0,75	0,64	0,62
	andere	0,64	0,68	0,45	0,49	0,15	0,15
Ostafrika, regional übergreifend		2,26	2,38	0,93	1,01	0,56	0,54
Schwerpunktregion Südliches Afrika gesamt		7,67	8,09	5,83	6,33	11,94	11,62
Schwerpunktländer	Mosambik	5,14	5,42	2,47	2,69	8,52	8,29
Partnerländer in der Region	Namibia	0,26	0,27	0,08	0,08	0,16	0,16
	Republik Südafrika	0,41	0,43	1,06	1,15	0,89	0,87
	Simbabwe	0,86	0,91	1,12	1,22	0,92	0,89
	andere	0,07	0,08	0,11	0,12	0,06	0,05
Südliches Afrika, regional übergreifend		0,93	0,98	0,98	1,07	1,39	1,35
Schwerpunktregion Zentralamerika/Karibik gesamt		10,59	11,17	10,66	11,58	10,12	9,85
Schwerpunktländer	Nicaragua	5,88	6,20	5,92	6,44	5,68	5,53
Partnerländer in der Region	El Salvador	1,03	1,09	0,63	0,68	0,48	0,47
	Guatemala	2,21	2,33	1,71	1,86	0,87	0,85
	andere	0,00	0,00	0,04	0,04	0,09	0,09
Zentralamerika, regional übergreifend		1,46	1,54	2,33	2,53	1,62	1,57
Region der CARICOM-Staaten		0,01	0,01	0,03	0,04	1,38	1,34
Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch gesamt		4,94	5,21	5,18	5,63	5,30	5,15
Schwerpunktländer	Bhutan	1,28	1,35	1,98	2,15	2,74	2,66
Partnerländer in der Region	Nepal	1,59	1,68	1,94	2,11	1,18	1,14
	andere	1,40	1,47	0,86	0,94	0,89	0,86
Himalaya-Hindukusch, regional übergreifend		0,67	0,71	0,39	0,43	0,50	0,48
Schwerpunktregion Südosteuropa/Westbalkan gesamt		19,95	21,04	22,08	23,99	19,75	19,22
Schwerpunktländer	Albanien	2,72	2,87	2,91	3,16	2,68	2,61
	Bosnien und Herzegowina	2,41	2,54	2,50	2,72	2,55	2,49
	Mazedonien	2,28	2,40	3,85	4,18	0,96	0,93
	Serbien	3,74	3,94	3,46	3,76	2,80	2,73
	Kosovo	3,06	3,23	1,25	1,35	1,31	1,27

	Montenegro	1,84	1,94	1,85	2,01	1,69	1,65
	Moldau	0,76	0,80	1,59	1,72	1,67	1,62
Partnerländer in der Region Südosteuropa/Westbalkan, regional übergreifend	andere	0,10	0,10	0,70	0,76	0,08	0,08
		3,06	3,23	3,97	4,31	5,99	5,83
Weiterer Schwerpunkt	Palästinensische Gebiete	4,69	4,95	1,83	1,99	5,15	5,01
Weitere Schwerpunktregion	Südkaucasus	0,53	0,56	0,26	0,28	0,94	0,91
Sonderprogramm	Westsahara	0,49	0,51	0,22	0,24	0,31	0,31
Schwerpunktregionen gesamt		73,72	77,75	70,31	76,41	77,52	75,43
Schwerpunktländer gesamt		53,98	56,92	46,60	50,64	58,40	56,83
Schwerpunkte & Sonderprogramm gesamt		78,90	83,21	72,37	78,64	82,98	80,75
OEZA – ODA außerhalb der Schwerpunktsetzung		15,92	16,79	19,65	21,36	19,78	19,25
OEZA – ODA gesamt		94,82	100,00	92,02	100,00	102,77	100,00

Afghanistan und Irak wurden bis 2006 als Sonderprogramme geführt und werden seither den jeweiligen Regionen zugeordnet.

In der Schwerpunktregion Zentralamerika wird seit 2008 die im Dreijahresprogramm festgeschriebene Kooperation mit der CARICOM, der Karibischen Gemeinschaft, ausgewiesen und die Region daher nun als Zentralamerika/Karibik bezeichnet.

Zur besseren Vergleichbarkeit wurden Änderungen auch in den Vorjahren nachgezogen, wodurch sich leichte Unterschiede zu früheren Darstellungen ergeben.

Verteilung der bilateralen OEZA-Mittel der ADA nach Sektoren
Auszahlungen 2006–2008 in Mio. Euro

DAC Code	Bezeichnung	2006		2007		2008	
		Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
110	Bildung	11,65	12,29	8,57	9,31	9,20	8,95
120	Gesundheit	6,37	6,72	4,47	4,86	4,82	4,69
130	Bevölkerungspolitik/-programme und reproduktive Gesundheit	1,68	1,77	1,32	1,43	1,72	1,67
140	Wasserversorgung & sanitäre Einrichtungen	8,86	9,34	10,94	11,89	8,81	8,57
150	Regierung & Zivilgesellschaft, Konfliktprävention, -lösung, Frieden und Sicherheit	16,40	17,30	17,86	19,41	21,86	21,27
160	Andere soziale Infrastruktur & Leistungen	5,82	6,14	5,61	6,10	6,76	6,58
100	Soziale Infrastruktur und Leistungen	50,77	53,55	48,77	53,00	53,15	51,72
210	Transport und Lagerhaltung	0,07	0,08	0,05	0,05	0,24	0,24
220	Kommunikation	0,91	0,96	0,51	0,56	0,23	0,22
230	Energieerzeugung und -verteilung	3,22	3,39	2,75	2,99	4,29	4,18
240	Banken und Finanzwesen	0,24	0,25	0,68	0,74	0,18	0,17
250	Geschäftswesen und andere Leistungen	2,98	3,14	3,31	3,59	6,53	6,35
200	Wirtschaftliche Infrastruktur und Leistungen	7,42	7,82	7,30	7,93	11,47	11,16
310	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	6,92	7,30	4,90	5,33	6,22	6,05
320	Industrie & Gewerbe, Bergbau & Bauwesen	4,12	4,35	3,05	3,31	1,94	1,88
330	Handel und Tourismus	2,06	2,17	3,06	3,32	2,11	2,06
300	Produzierende Sektoren	13,10	13,81	11,01	11,97	10,27	9,99
410	Umweltschutz allgemein	2,73	2,88	1,92	2,08	1,72	1,67
430	Andere multisektorielle Maßnahmen	8,44	8,90	9,96	10,82	8,93	8,69
400	Multisektorielle Maßnahmen	11,17	11,78	11,87	12,90	10,65	10,36
500	Waren- und allgemeine Programmhilfe	-0,07	-0,07	0,30	0,33	3,20	3,11
600	Entschuldungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-
700	Humanitäre Hilfe	4,98	5,25	3,26	3,54	5,88	5,72
910	Verwaltungskosten des Gebers	0,56	0,59	0,69	0,75	0,86	0,84
920	Unterstützung von NRO	1,01	1,07	0,70	0,76	0,18	0,18
998	Nicht zuordenbar	5,88	6,20	8,11	8,82	7,10	6,91
900	Sonstige und nicht zuordenbare Leistungen	7,45	7,86	9,51	10,33	8,14	7,92
OEZA – ODA, gesamt		94,82	100,00	92,02	100,00	102,77	100,00

Durchführungsstruktur der bilateralen OEZA-Mittel der ADA
Auszahlungen 2006–2008 in Mio. Euro

	2006		2007		2008	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Mio. €	in %
1. Österreichische NRO, die vorwiegend Auslandsprojekte abwickeln	30,75	32,43	30,54	33,19	23,69	23,05
2. Österreichische NRO, die vorwiegend Projekte in Österreich abwickeln	5,04	5,32	6,38	6,93	5,14	5,00
3. Österreichische NRO, die vorwiegend Studienförderungsprogramme abwickeln	3,29	3,47	2,93	3,19	2,73	2,66
Österreichische NRO gesamt (1-3)	39,09	41,22	39,86	43,31	31,56	30,71
4. Firmen in Österreich	12,41	13,09	9,64	10,47	9,29	9,04
5. Einzelpersonen (Konsulenten)	0,12	0,12	0,16	0,18	0,11	0,11
6. Öffentliche Stellen, Universitäten & Sonstige in Österreich	3,75	3,96	3,72	4,04	3,72	3,62
Firmen & Sonstige in Österreich gesamt (4-6)	16,28	17,17	13,52	14,69	13,13	12,78
Österreichische Institutionen gesamt (1-6)	55,36	58,39	53,37	58,00	44,69	43,48
7. Öffentliche Stellen/Ministerien des Empfängerlandes	11,73	12,37	10,32	11,21	22,11	21,51
8. NRO und sonstige Institutionen des Empfängerlandes	4,19	4,42	4,76	5,18	3,70	3,60
Institutionen des Empfängerlandes gesamt (7-8)	15,92	16,79	15,08	16,39	25,80	25,11
9. Internationale Organisationen & PPPs*	13,93	14,69	13,27	14,42	21,08	20,51
10. Internationale NRO	1,69	1,78	1,73	1,88	2,67	2,60
11. Sonstige	7,92	8,36	8,57	9,31	8,52	8,29
Internationale und andere Träger gesamt (9-11)	23,54	24,83	23,57	25,61	32,28	31,41
OEZA – ODA gesamt	94,82	100,00	92,02	100,00	102,77	100,00

* Private Public Partnerships bezeichnen im DAC-Sinne Organisationen auf internationaler Ebene, in deren Entscheidungsgremien sowohl Repräsentanten von Staaten als auch solche der Zivilgesellschaft vertreten sind.



Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit gesamt (ODA),
Auszahlungen 2004–2008 in Mio. Euro

	2004	2005	2006	2007	2008
Organisationen der Vereinten Nationen	21,08	21,73	21,50	34,03	29,09
<i>davon: BMeiA freiwillige Beiträge</i>	12,92	11,78	11,00	13,68	12,75
<i>BMeiA Pflichtbeiträge</i>	2,54	4,99	4,52	6,13	7,94
<i>andere Ressorts</i>	5,62	4,96	5,99	14,22	8,40
Internationale Finanzinstitutionen	76,84	72,47	112,51	127,15	98,21
<i>davon: Weltbankgruppe</i>	37,40	37,40	78,43	81,54	84,67
<i>Regionalbanken</i>	24,26	28,75	28,44	28,65	5,91
<i>andere Finanzinstitutionen</i>	15,18	6,32	5,64	16,96	7,63
Europäische Union	160,86	177,51	187,98	190,45	203,26
<i>davon: Budget</i>	97,85	107,55	117,23	114,53	118,72
<i>EEF</i>	62,01	69,96	70,76	75,92	84,54
<i>FEMIP (EIB)</i>	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Organisationen	2,89	2,93	2,11	2,06	2,14
GESAMT (Mio. EUR):	261,67	274,64	324,10	353,69	332,70
in % der Gesamt-ODA:	48%	22%	27%	27%	28%

Anmerkung:

In Übereinstimmung mit den von OECD/DAC vorgegebenen Kategorien wurde folgende Zuordnung festgelegt:

Internationale Finanzinstitutionen:

Weltbankgruppe
IBRD, IDA, IFC, MIGA (& zugeordnete Trust Funds)

Regionalbanken
As.D.B., IDB, Afr.D.B u.a. (& zugeordnete Trust Funds)

andere Finanzinstitutionen
IMF-ESAF, GEF (96 % ODA), CGIAR, CFC

Sonstige Organisationen:

Montrealer Protokoll, CITES, EPPO, IOM, IUCN (bis 2006), IPGRI, IPCC, DDAGTF, OECD Dev. Centre

IFAD, der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, wird ab 2007 in Übereinstimmung mit den Richtlinien-Dokumenten des OECD/DAC der UNO-Gruppe zugerechnet. Bis 2006 wurden Beiträge dafür unter "andere Finanzinstitutionen" subsumiert.

Multilaterale ODA des BMeiA im Detail, Auszahlungen 2008 in Mio. Euro

Organisation	Beschreibung	2008
Organisationen der Vereinten Nationen		Mio. Euro
CERF	Kernbeitrag zum CERF (Central Emergency Response Fund)	0,30
UN PBF	Kernbeitrag zum UN Peacebuilding Fund (Funding Window 2)	0,50
UNCDF	Kernbeitrag zum Kapitalentwicklungsfonds der VN (UNCDF)	0,40
UNCHS (Habitat)	Kernbeitrag zum VN-Zentrum für das menschliche Siedlungswesen (UNCHS/Habitat)	0,07
UNDP	Kernbeitrag zum Entwicklungsprogramm der VN (UNDP)	4,80
UNDP JPO Programme	Kernbeitrag zum Junior Professional Officer Programme (BMeiA II.5)	0,62
UNDP JPO Programme	Kernbeitrag zum Junior Professional Officer Programme (BMeiA VII.1)	0,72
UNFPA	Kernbeitrag zum Fonds der VN für Bevölkerungsfragen (UNFPA)	1,20
UNHCR	Kernbeitrag zum Flüchtlingshochkommissariat der VN (UNHCR)	0,60
UNICEF	Kernbeitrag zum Kinderhilfswerk der VN (UNICEF)	1,45
UNIDF	Kernbeitrag zum Fonds der VN für industrielle Entwicklung (UNIDF)	1,00
UNIFEM	Kernbeitrag zum Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM)	0,15
UNITAR	Kernbeitrag zum Institut der VN für Ausbildung und Forschung (UNITAR)	0,02
UNOCHA	Kernbeitrag zum Fonds zur Stärkung von OCHA	0,11
UNRWA	Kernbeitrag zum Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge (UNRWA)	0,75
UNV	Kernbeitrag zum Freiwilligenprogramm der VN (UNV)	0,06
	Anrechenbare freiwillige Beiträge zu VN-Organisationen:	12,75
IAEA	Pflichtbeitrag zur Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA (33% ODA)	0,90
UNCCD	Pflichtbeitrag 2008 zur Wüstenkonvention (UNCCD)	0,06
UNPKO	Beiträge zu den Kernbudgets von VN-Friedensmissionen *	3,06
UNESCO	Pflichtbeitrag zur Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (44% ODA)	1,47
UNIDO	Pflichtbeitrag zur Organisation der VN für industrielle Entwicklung (UNIDO)	0,86
UNO	Pflichtbeitrag zum Budget der VN (12% ODA)	1,59
	Anrechenbare Pflichtbeiträge zu VN-Organisationen:	7,94
	ODA-anrechenbare Beiträge (BMeiA-OEZA) zu VN-Organisationen:	20,70

Anmerkung: Darüber hinaus gab es im Jahr 2008 noch zweckgewidmete Beiträge in Höhe von rund 6,8 Mio. Euro für bestimmte Vorhaben von internationalen Organisationen, die in der DAC-Statistik als bilaterale Leistungen verbucht sind.

* Der als ODA anrechenbare Prozentsatz der Budgets für Friedensmissionen beruht auf einem Kompromiss der DAC-Mitglieder über die ODA-Anrechenbarkeit von multilateralen Beiträgen zu den Kernbudgets von VN-Friedensmissionen, nachdem dieser Bereich zuvor von den DAC-Richtlinien nur ungenau geregelt worden und von DAC-Mitgliedern unterschiedlich interpretiert worden war. Er wurde für die Statistik 2005 erstmals angewendet und betrug für das Jahr 2008 wie im Vorjahr 7 Prozent.